



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen des
BVDW Bundesverband Digitale Wirtschaft e. V.
zur Wahl zum Europäischen Parlament 2019
14. Mai 2019**

1. Wie und in welchen Bereichen wollen Sie eine künftige Plattformregulierung weiterentwickeln?

Antwort

Plattformökonomie und Regulierung sind zwei wichtige Themen für Deutschland und Europa. Zurzeit gibt es insbesondere gegenüber den USA und zunehmend auch gegenüber China bei der Plattformökonomie einen Rückstand. Von den 60 wichtigsten Plattformen weltweit sind nur neun Plattformen aus Europa.

Während im Bereich der Regulierung in den vergangenen Jahren sehr viel passiert ist („Platform to Business“-Verordnung, Einsatz eines Observatoriums, Streit-schlichtungsverfahren, Haftungsprivilegierung), so müssen bei der Plattformökonomie eine Reihe von Maßnahmen ergriffen werden, damit Europa mit den großen Playern mithalten kann. So benötigen beispielsweise Junge Unternehmen mehr Risikokapital im Bereich der Gründung, aber auch in der Wachstumsphase. Zugleich ist der Zugang zu Risikokapital zu erleichtern. Auch brauchen wir faire Wettbewerbsbedingungen. Das Wettbewerbsrecht wird zurzeit in der Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 evaluiert. Ein Schwerpunkt davon ist die Plattformökonomie. Die geplanten Novellen stehen noch am Anfang und werden am Ende die Ergebnisse der Kommission berücksichtigen.

CDU und CSU werden sich auch weiterhin für die Schaffung von guten Rahmenbedingungen zur weiteren Förderung europäischer Plattformen einsetzen.

2. Wie wollen Sie die Anwendung und Überprüfung der DSGVO sowie die weiteren Verhandlungen zur ePrivacy-Verordnung gestalten?

Antwort

Nach Auffassung von CDU und CSU muss es gelingen, zwischen den notwendigen Regelungen zum Kommunikationsschutz und einer angemessenen Regulierung von Online-Diensten ein ausgewogenes, vor allem aber ein DSGVO-konformes Verhältnis herzustellen. Wir wollen auf keinen Fall, dass der mühsam gefundene Kompromiss in der EU-Datenschutzgrundverordnung durch eine zusätzliche Verordnung wieder ausgehebelt wird.

CDU und CSU werden daher im Zuge des noch laufenden Gesetzgebungsverfahrens alles dafür tun, damit eine DSGVO-kohärente sowie eine zwischen Datenschutz, Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsförderung ausgewogene ePrivacy-Verordnung verabschiedet wird.

3. Mit welchen Schritten wollen Sie eine nachhaltige und sinnvolle Datenpolitik zum Aufbau und zur Förderung einer Data Economy in der Europäischen Union fördern?

Antwort

Europa hat von jeher Maßstäbe für Fortschritt gesetzt. Im Bereich der Normierung, Zertifizierung und beim Datenschutz ist Europa Weltmarktführer. Bei der Digitalisierung muss Europa schneller werden. Daher arbeiten wir an einem europäischen Mobilfunknetz 5G und einheitlichen IT-Datenstandards für Computer und alle Arten von digitalen Geräten. CDU und CSU wollen die Innovationsunion: Digitale Entwicklungen, z. B. im Bereich der Gesundheit, der Wirtschaft und Forschung (BIG DATA für mehr medizinischen Fortschritt, Quantencomputer, Batteriezellenproduktion) sollen beschleunigt und neue Geschäftsmodelle (Datenökonomie) ermöglicht werden. Technologische Schlüsselbereiche (z. B. Copernicus Klimawandeldienst, Galileo-Satelliten) wollen wir nach vorne bringen. Europa soll zur Weltspitze in der Luft- und Raumfahrt aufschließen.

4. Welche Rahmenbedingungen sollten für KI, Blockchain und Ethik auf Europäischer Ebene gestaltet werden?

Antwort

Mit Blick auf die Rahmenbedingungen für KI, Blockchain und Ethik haben CDU und CSU vereinbart, dass es auf EU-Ebene einen Innovationsboard geben soll, der die Evaluation der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) innovationsoffen vorbereitet.

5. Wie wollen Sie diesen Entwicklungen auf EU-Ebene Rechnung tragen und den Arbeitsmarkt unterstützen?

Antwort

CDU und CSU wollen den Wandel hin zur digitalen Gesellschaft aktiv zum Wohle der Bürger und unserer Unternehmer gestalten. Wir wollen, dass alle an Zukunftschancen teilhaben können. In den letzten fünf Jahren sind Millionen an neuen Arbeitsplätzen in Europa entstanden. Wir wollen diesen Erfolg auch in den kommenden fünf Jahren fortsetzen: mit weiteren fünf Millionen neuen Zukunftsjobs in ganz Europa.

Wir wollen die Regierungen und Sozialpartner in den europäischen Partnerländern beim Aufbau von dualen Strukturen der Berufsbildungssysteme sowie der Umsetzung von Arbeitsmarktreformen unterstützen. Denn unser duales System der beruflichen Bildung ist ein Erfolgs- und Exportmodell, das jungen Menschen beim Einstieg in das Arbeitsleben hilft und ein wichtiger Baustein im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit sein kann. Wir werben weiterhin bei unseren Nachbarn dafür, unser bewährtes Konzept der dualen Ausbildung flächendeckend einzuführen. Durch Programme wie Erasmus und Erasmus+ fördern wir zudem den Wissenstransfer junger Menschen, egal welchen Bildungsgrades, in der Europäischen Union. Hierdurch werden diese besser auf die digitale Arbeitswelt vorbereitet.

Wir wollen ein Europa, in dem Arbeitnehmer europaweit gerechte, lebenswerte und gesundheitsschonende Arbeitsbedingungen vorfinden. Wir treten für Mindeststandards beim Arbeitsschutz in ganz Europa ein, die auch den Erfordernissen der digitalen Arbeitswelt entsprechen. Wir wollen die Potenziale der Digitalisierung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nutzen. Die Arbeit soll zu den Menschen kommen, nicht umgekehrt. Dafür ebnen wir den Weg für einen flexiblen Arbeitsort, flexible Arbeitszeiten und flexible Arbeitsstrukturen. Die Menschen profitieren von mehr Homeoffice-Arbeitsplätzen.

CDU und CSU sind der Auffassung, dass die Arbeitsmarktpolitik generell eine nationale Aufgabe bleiben soll. Für uns ist klar: Sichere Berufsaussichten erleichtern Lebensentscheidungen wie die Eheschließung oder die Gründung einer Familie. Deshalb wollen wir durch eine kluge Wirtschaftspolitik die Voraussetzungen dafür

schaffen, dass gerade junge Menschen eine gute Chance auf eine Festanstellung bekommen. Dies muss auch weiterhin der Regelfall sein.

6. Wie wollen Sie die europäischen Rahmenbedingungen für Start-ups und den Mittelstand in der digitalen Wirtschaft verbessern? Wie stehen Sie zu den Plänen einer Digitalsteuer?

Antwort

- CDU und CSU begrüßen das von der EU geförderte Programm HORIZON 2020 für die Bereiche Forschung und Innovation, wovon 2,8 Mrd. Euro an Start-ups und KMU aus der Informations- und Kommunikationstechnologie gehen, die jeweils bis zu 2,5 Mio. Euro als Zuschuss erhalten können, der nicht rückzahlbar ist. Wir wollen „Horizont Europa“ zu einem Innovationsbudget mit dem Label „Future made in Europe“ weiterentwickeln.
- CDU und CSU setzen sich für faire Steuern ein und wollen eine steuerliche Gleichbehandlung aller Unternehmen sicherstellen. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für einen fairen Wettbewerb zwischen kleinen, mittelständischen und regionalen Unternehmen sowie global tätigen Konzernen. Wir wollen insbesondere Lücken bei der Besteuerung von großen, im Internet tätigen Unternehmen schließen. Alle Unternehmen sollen Steuern zahlen. Wir setzen uns in der EU und international weiterhin für abgestimmte Lösungen auf Basis einer virtuellen Betriebsstätte ein.

7. Wie stehen Sie zum Prinzip der Netzneutralität und mit welchen Maßnahmen wollen Sie eine schnelle und flächendeckende Breitbandversorgung in Europa fördern?

Antwort

- CDU und CSU sind der Auffassung, dass alle Daten im Netz gleichrangig behandelt und keine Inhalte bevorzugt durchgeleitet werden dürfen. Gleichwohl kann für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden, dass einige neue Dienste, etwa das autonome Autofahren, eine gesicherte Übertragungsqualität benötigen könnten, so dass sie bevorzugt durch das Netz geleitet werden müssen.

- Das Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau ist am 21.10.2015 vom Bundeskabinett beschlossen worden. Zweck der Förderung ist die Unterstützung eines effektiven und technologieneutralen Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland zur Erreichung eines nachhaltigen sowie zukunfts- und hochleistungsfähigen Breitbandnetzes (NGA-Netz, Next Generation Access) in unterversorgten Gebieten, die derzeit nicht durch ein NGA-Netz versorgt sind und in denen in den kommenden drei Jahren von privaten Investoren kein NGA-Netz errichtet wird (sogenannte weiße NGA-Flecken). Zur Beschleunigung der Breitbandversorgung haben wir durch einen Relaunch der Breitbandförderrichtlinien die Zugangs- und Vergabekriterien vereinfacht, die Bundesmittel für Kommunen, Städte und Kreise erhöht und uns ausschließlich auf den Gigabit-ausbau fokussiert, um zunächst die verbleibenden weißen Flecken (Anschlüsse unter 30 Mbit/s) zu schließen. Die Novelle der Richtlinie trat am 03.07.2018 in Kraft.

Darüber hinaus sind wir dabei, ein mit der EU-Kommission abgestimmtes Förderprogramm zu erarbeiten, damit auch graue Flecken (Anschlüsse über 30 Mbit/s, aber nicht gigabitfähig) mit Gigabitgeschwindigkeiten erschlossen werden können.

8. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Themen Cybersecurity und Cyberkriminalität auf EU-Ebene weiter angehen?

Antwort

Die Europäische Union muss auch auf neue Bedrohungen aus dem Internet eine wirksame Antwort geben können. Daher bauen wir in den kommenden zwei Jahren eine schlagkräftige Cyber-Brigade auf, um Cyberattacken, Terrorismus, Bedrohung kritischer Infrastruktur und Desinformation europaweit erfolgreich abwehren und selbst offensive Fähigkeiten entwickeln zu können. Wir wollen zudem Maßnahmen ergreifen, die Unternehmen im digitalen Bereich vor Spionage, Sabotage und Cybercrime schützen. Wir setzen uns zudem für kompatible europäische und nationale Datensysteme der Sicherheitsbehörden, national und auch international, ein. Wir wollen, dass Daten über potenzielle Gefahren und Gefährder von den Sicherheitsbehörden in Europa intensiv ausgetauscht und automatisiert abgerufen werden können.

9. Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Themen Medienkonvergenz sowie Urheberrecht künftig sinnvoll ausgestaltet werden?

Antwort

- Digitalisierung und Medienkonvergenz entwickeln sich stetig weiter. Bund und Länder haben vereinbart, im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten die erforderlichen gesetzlichen oder staatsvertraglichen Änderungen anzugehen. Die Rundfunkkommissionen der Länder werden gemeinsam mit dem Bund weitere und noch offene Fragen zur Medienkonvergenz diskutieren und abstimmen. Zugleich werden sie die geplanten medienpolitischen Maßnahmen der Europäischen Kommission zur Umsetzung der Digitalen Binnenmarktstrategie gemeinsam weiter begleiten.
- Das EU-Parlament hat am 27. März 2019 die Richtlinie zur Reform des Urheberrechts verabschiedet. Mit der Reform der fast 20 Jahre alten Urheberrechts-Richtlinie wurde das Urheberrecht an das digitale Zeitalter angepasst. CDU und CSU sind der Auffassung, dass mit der EU-Urheberrechtsreform unterschiedliche berechnete Interessen in eine faire Balance gebracht wurden. Die Meinungsfreiheit wurde gestärkt und die Nutzer bessergestellt. Gleichzeitig können Urheber nunmehr fair und effektiv vergütet, Plattformen eingebunden und in die Pflicht genommen werden. Wir sind der Auffassung, dass jeder, der mit Kreativität, eigener Leistung und harter Arbeit Texte, Musik, Videos oder andere Inhalte produziert, auch etwas davon haben muss.

Nunmehr geht es darum, die EU-Urheberrechtsrichtlinie in nationales Recht umzusetzen. CDU und CSU stehen dem Einsatz von Uploadfiltern nach wie vor skeptisch gegenüber. Daher werden wir uns darauf konzentrieren, für die nationale Umsetzung einen Vorschlag ohne Uploadfilter zu entwickeln. Unser Grundsatz heißt: Bezahlen statt Blocken. Diesen Vorschlag wollen wir dann in den Gesetzgebungsprozess einbringen. Das Modell soll auch best practice einer europäischen Umsetzung sein.

10. Welche Zukunftsvision haben Sie für die Europäische Union und seine Institutionen?

Antwort

- CDU und CSU wollen ein Europa, das uns allen dient. Unser Europa wird jedem nützen, ganz konkret erfahrbar sein und Chancen bieten – auf ein freies und sicheres Leben.
- Europa ermöglicht europaweite grenzenlose Mobilität. CDU und CSU wollen das Miteinander stärken. Europa bietet Freiheiten und Entfaltungsmöglichkeiten. Wir können frei entscheiden, wohin wir reisen, wo wir leben und arbeiten wollen. Uns alle verbindet unsere Art zu leben.
- Europa sorgt für Wohlstand. CDU und CSU wollen den Binnenmarkt stärken. Offene Grenzen ermöglichen freien Handel. Größere Märkte eröffnen Chancen auf gute und sichere Arbeitsplätze. Ein breites Angebot an Waren und Dienstleistungen bietet große Auswahl.
- Europa ermöglicht sichere Arbeitsplätze. CDU und CSU setzen auf die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft. Sie fördert die Kreativität, Eigenverantwortung und Freiheit jedes Einzelnen. Wir wollen, dass möglichst viele Menschen am Wohlstand teilhaben. Wir stehen für solide Finanzen, Förderung privater Investitionen und notwendige Reformen.
- Europa lässt niemanden zurück. Wir lassen die Schwächeren nicht im Stich. Gleichzeitig gilt: Erwirtschaften kommt vor dem Verteilen. Unser Europa sorgt für Grundstandards bei Arbeitnehmerrechten, Gesundheit, Umwelt- und Verbraucherschutz. Die Mitgliedstaaten sorgen selbst für soziale Sicherung, Mindestlohn oder Altersvorsorge.
- Europa verbindet Wirtschaft und Umweltschutz. CDU und CSU bewahren die Schöpfung – auch für unsere Kinder und Enkelkinder. Klima-, Umwelt- und Artenschutz verfolgen wir mit Vernunft und Augenmaß. Wir setzen auf intelligenten technischen Fortschritt. Unser Ziel ist ein Wachstum, das Ressourcen, Umwelt und Klima schont.
- Europa ergreift die Chancen der Digitalisierung. CDU und CSU werden den Wandel aktiv begleiten und in technologische Schlüsselbereiche der Zukunft investieren, wie Künstliche Intelligenz (KI). So werden Bürger und Unternehmen fit für die digitale Zukunft.

- Europa denkt Innovationspolitik vom Menschen her. Mit Zukunftsprojekten sorgen wir in Europa für Wachstum, gute Jobs und soziale Sicherheit. Wir schaffen beste Bedingungen für Forschung und Innovation, damit wir im globalen Wettbewerb bestehen.
- Europa begeistert die junge Generation. CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass die Jugend Europas die Vorteile der Europäischen Union unmittelbar erleben kann – beispielsweise über das Europäische Solidaritätskorps oder durch Reisen: Das Interrail-Ticket im Rahmen des „DiscoverEU“-Programms soll es künftig für jeden 18-Jährigen kostenlos geben.
- Europa schafft Zukunftschancen. CDU und CSU werden das Erlernen von Fremdsprachen in Schulen verstärken. Wir werden Bildungsabschlüsse EU-weit anerkennen und Studium sowie Ausbildung im Ausland stärker fördern, beispielsweise durch Erasmus+.
- Europa ist eine kulturelle Schatzkammer. CDU und CSU wollen europäische Medienangebote voranbringen und europäische Digitalplattformen ermöglichen. Jeder in Europa soll den kulturellen Reichtum und die kulturelle Vielfalt erleben können.
- Europa ist stolz auf seine Städte, Dörfer und Regionen. Heimat stiftet Identität und vermittelt Geborgenheit. CDU und CSU wollen die Regionen stärken und ländliche Räume fördern. Wir wollen alle Sprachen in Europa schützen und Deutsch in der EU stärken.
- Europa sichert unsere heimische Landwirtschaft. Unsere Landwirte brauchen faire Wettbewerbsbedingungen. Die Gemeinsame Agrarpolitik soll auch künftig den Rahmen dafür bieten. Direktzahlungen sollen künftig zielgenauer auf familiengeführte Betriebe ausgerichtet werden. Die Digitalisierung der Landwirtschaft unterstützen wir.
- Wir wollen Europa als eine echte Sicherheitsunion – und damit auch Schengen vollenden. Unser Europa braucht im Kampf gegen Kriminelle und Terroristen eine viel bessere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden, insbesondere einen deutlich effektiveren Datenaustausch. Das bereits beschlossene Ein- und Ausreiseregister muss endlich scharf geschaltet werden. Zu einem vollendeten Schengen-Raum gehört ein wirksamer Außengrenzschutz. Die europäische Grenzagentur FRONTEX wollen wir daher so zügig wie möglich zu einer operativen Grenzpolizei an der europäischen Außengrenze ausbauen.